

Antrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 04.11.2008

Demokratieerfahrungen fördern, Partizipationsmöglichkeiten stärken, den Integrationsgedanken umsetzen und Menschenrechtsbildung ausbauen - Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus und Rassismus sind eine Gefahr für die Demokratie und die politische Kultur in Deutschland. Besonders bedenklich ist, dass sich auch bei vielen jungen Menschen eine bedenkliche Zunahme von nationalistischem, ethnozentristischem und antisemitischem Denken breit macht. Die polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet einen besorgniserregenden Anstieg rechtsextremer Gewalttaten; die Ergebnisse der empirischen Sozialforschung weisen eine Verfestigung fremdenfeindlicher Einstellungsmuster in einem nicht unerheblichen Ausmaß bis in die Mitte der Gesellschaft hinein aus. Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen in verstärktem Maße anzutreffen. In besonderem Maße sind davon Menschen mit Bildungsdefiziten und autoritären Schulerfahrungen betroffen.

Rechtsextremistische Gruppierungen sind in den vergangenen Monaten in Niedersachsen verstärkt mit Kundgebungen und Demonstrationen öffentlich aufgetreten wie zuletzt in Braunschweig und Bad Nenndorf. Sie suchen zudem bewusst die Provokation wie jetzt die Freien Nationalisten mit der Anmeldung von Demonstrationen zum 1. Mai 2009 in Hannover. Aber auch im Alltag verbreiten Anhänger rechtsextremistischer Gruppierungen offen ihre diskriminierenden Parolen und erhalten dafür vermehrt Zustimmung. Dieses zeigt, dass eine umfassende gesamtgesellschaftliche und inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und des Antisemitismus wichtiger denn je ist.

Erschreckend sind nicht nur die Zunahme der rechtsextrem motivierten Gewaltdelikte, sondern auch das Schüren von Hass und die wachsende Brutalisierung der rechtsextremen Szene.

Rechtsextreme Einstellungen sind in allen gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern vertreten. Die neueste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Ein Blick in die Mitte“ zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland zeigt, dass die Notwendigkeit der politischen Bildungsarbeit nicht nur mit Jugendlichen von zunehmender Bedeutung ist. Denn in der o. g. wissenschaftlichen Untersuchung zum Thema Rechtsextremismus ist ein auffälliges Ergebnis, dass die Aussagen zu den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus die höchsten Zustimmungswerte erhalten. Teilweise stimmen über 40 % der Befragten ausländerfeindlichen Aussagen zu.

Die Erscheinungsformen und Ursachen für das Entstehen von Rechtsextremismus sind komplex. Wenn fremdenfeindliche Einstellungsmuster zunehmen und die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten wächst, verbirgt sich hinter dieser Entwicklung auch eine tiefe Unzufriedenheit mit dem politischen und gesellschaftlichen System. Der Politikwissenschaftler Richard Stöss führt in diesem Zusammenhang aus: „Rechtsextremismus wird durch die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse erzeugt und nicht umgekehrt.“

Junge Menschen aus sozial schwächeren Familien, in denen autoritäre Erziehungsmuster und Gewalterfahrungen vorherrschen, sind in besonderem Maße anfällig für rechtsextremistisches Gedan-

kengut. Rechtsextremistische Gruppen erhalten bei diesen Bevölkerungsgruppen ihre besondere Attraktivität vor allem aufgrund einer breiter werdenden sozialen Verunsicherung. Arbeitslosigkeit, mangelnde Zukunftsperspektiven, die wachsende Erfahrung sozialer Ungleichheit und eine immer komplexer werdende Gesellschaft sind dafür die Ursachen. Wer sich auf der gesellschaftlichen Erfolgsskala als Verlierer sieht, der unterliegt einem höheren Risiko, sich auf andere Weise Anerkennung und Selbstbestätigung zu verschaffen - etwa in einer Gruppe, die sich über eine vermeintliche „rassistische Überlegenheit“ abzugrenzen versucht.

Hieraus folgt, dass auch mit den Mitteln der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung fremdenfeindlicher und rassistischer Erscheinung geleistet werden muss. Appelle und Aufklärungsmaßnahmen sind zwar schnell konsensfähig, reichen ohne sozialpolitische Flankierung aber nicht aus.

Zu den sozialen Realitäten gehört auch, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist. Aus der unzulänglichen Integration der Migranten resultieren soziale Probleme, auf die Rechtsextremisten mit fremdenfeindlichen Forderungen reagieren. Die Islamophobie hat sich im Rechtsextremismus zu einem organisationsübergreifenden Ideologieelement entwickelt, das geeignet ist, muslimfeindliche Stimmungen in der Bevölkerung aufzugreifen. Die Auseinandersetzung mit dem Islam muss deshalb ausgesprochen differenziert erfolgen, damit islamophobe Grundstimmungen nicht weiter angeheizt werden.

Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus müssen also von der Einsicht geleitet sein, dass es sich primär um ein politisches und gesellschaftliches Problem handelt. Die Verengung auf repressive Formen der Auseinandersetzung ist keine hinreichende Antwort. Gefordert ist ein integratives Konzept, das neben repressiven sowohl sozial- als auch bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen einschließt und das darüber hinaus zivilgesellschaftliche Aktivitäten ermuntert und unterstützt. So sinnvoll Aufklärungsmaßnahmen an Schulen sind, so richtig es ist, den Rechtsextremisten mit Zivilcourage entgegenzutreten, und so hilfreich Aussteigerprogramme in Einzelfällen sind - als isolierte Maßnahmen ohne Einbettung in ein Gesamtkonzept, das den gesellschaftlichen und sozialen Entstehungsbedingungen Rechnung trägt, verlieren diese Handlungsansätze an Wirkung.

Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, dass gegen den Rechtsextremismus gerichtete politische und gesellschaftliche Bekämpfungsansätze auf Stetigkeit ausgerichtet sein müssen.

Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um der rechtsextremistischen Subkultur den Nährboden zu entziehen. Angesichts des verstärkten öffentlichen und zunehmend aggressiven Auftretens rechtsextremistischer Gruppierungen und Kameradschaften muss dies ein zentraler Inhalt ihres Handelns werden.

Hierzu gehören:

- I. Maßnahmen zur Demokratisierung der Gesellschaft in allen Bereichen,
- II. Maßnahmen zur Beseitigung von Jugendarbeitslosigkeit, um Zukunftsperspektiven zu gewährleisten,
- III. Herstellung gleicher Bildungschancen für Jugendliche aller sozialen Schichtungen,
- IV. pädagogische Maßnahmen, die sozialer Verunsicherung entgegenwirken und die gesellschaftliche und politische Partizipation ermöglichen, sowie
- V. Maßnahmen zur Förderung interkultureller Begegnungen/Förderung von Schulungsangeboten, um Toleranz und respektvollen Umgang miteinander zu vermitteln sowie demokratische Prozesse erfahrbar zu machen.

Ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus muss deshalb folgende konkrete Maßnahmen umfassen:

- Demokratieerfahrung und Menschenrechtserziehung an Schulen (Lernziel Demokratie),
- Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern und von Lehrerinnen und Lehrern,
- Erweiterung der Erzieher- und Lehrerausbildung im Studium um interkulturelle Kompetenz,
- Ermöglichung interkultureller Erfahrungen sowie Förderung von Toleranz und respektvollem Umgang in schulischer und vorschulischer Erziehung (Kita und Schule),
- Förderung einer psychisch stabilen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen,
- eine verstärkte Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, z. B. durch Familienzentren, den Ausbau von qualifizierten Ganztagschulen und die Intensivierung von Maßnahmen individueller Förderung,
- Bildungsoffensive gegen rechtsextremes Gedankengut: mehr Politikunterricht an Schulen und Wiedererrichtung der Landeszentrale für Politische Bildung,
- Förderung von Erinnerungskultur und Ausbau der Gedenkstättenarbeit,
- die Ermöglichung des Erlebens von praktischen Erfolgen bei der Mitwirkung an demokratischen Prozessen (Selbstwirksamkeitserfahrungen),
- Bewahrung individueller Schutzrechte,
- Ausbau von Beteiligungsrechten im betrieblichen Alltag,
- Humanisierung der Arbeitswelt,
- Weiterbildung von Führungskräften in der Verwaltung,
- stärkere Inpflichtnahme der öffentlich-rechtlichen Medien (Rundfunk, Fernsehen), die ihren Bildungsauftrag akzentuieren müssen, statt zunehmend Formate der privaten Sender zu kopieren,
- Beseitigung von strukturellen und institutionellen Diskriminierungen,
- verstärkte Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Institutionen,
- niedrigschwelliger Zugang zu kulturellen Gütern.

Begründung

In der im Mai 2008 erschienenen Studie zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland „Ein Blick in die Mitte“ wird festgestellt, dass viele Menschen Defizite haben, sich selbst als Subjekte demokratischer Prozesse zu begreifen.

Um demokratische Prozesse wieder verstärkt zu fördern und Ausgrenzung und Individualisierung entgegen zu wirken, ist neben einer aktiven Aufklärung über die Ursachen von Rechtsextremismus an Schulen es auch notwendig, über die Schule hinaus in anderen gesellschaftlichen Bereichen, z. B. in der Arbeitswelt, die Erfahrung von Demokratie und Teilhabe zu ermöglichen und auszubauen.

Es ist notwendig, in allen gesellschaftlichen Bereichen jede Form von Ungleichwertigkeitsdiskursen und stigmatisierenden Darstellungen vor allem in den Medien zu vermeiden.

Menschen müssen in Politik, Unternehmen und Bildungseinrichtungen die Erfahrung machen können, dass sie ein bestimmtes Ziel auch durch Überwindung von Hindernissen am Ende tatsächlich erreichen können. Das aktive Mitgestalten in ihrer Lebens- und Arbeitswelt muss gefördert und gestärkt werden. Um dieses Ziel erreichen zu können und auch bildungsbenachteiligte Mitglieder unserer Gesellschaft mit einzubeziehen, sind neue Partizipationsformen und -methoden notwendig.

Ein Unverständnis der Mitgestaltungsmöglichkeiten kann zu einer gefährlichen Geringschätzung unserer demokratischen Freiheiten führen. Vielfach wird leider die Akzeptanz des demokratischen Systems ausschließlich mit der Gewährleistung materiellen Wohlstands verknüpft. Das Gefühl, der eigene Wohlstand sei gefährdet, kann bei dieser Denkweise nicht nur zu Demokratie-, sondern auch zu Politikverdrossenheit führen.

Zunehmender Normierungsdruck und Zugriff staatlicher Stellen auf Menschen führen unter Umständen zu einer Einschüchterung. Wird eine Ausgrenzung bei abweichendem individuellen Verhalten gesellschaftlich sanktioniert und kommt die Forderung nach verstärkter Reglementierung von abweichendem individuellen Verhalten hinzu, z. B. durch die Darstellung in Medien, werden Vorurteile verstärkt. Dadurch kann ausländerfeindliches und antidemokratisches Verhalten gefördert werden.

Die „Wiederentdeckung eines verklärenden Heimatbegriffes“, der ausschließlich auf Herkunft und Abstammung beruht und nicht auch auf den Ort und das gesellschaftlichen Umfeld bezogen ist, indem man lebt und in dem man politische Prozesse aktiv mit gestalten kann, kann ausländerfeindliche Tendenzen fördern. Davon sind insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund betroffen, da sie ja in einer „neuen Heimat“ leben, die sie aktiv mit gestalten wollen und sollen. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Diskurse, die eine Ungleichwertigkeit von Menschen behaupten, müssen unterlassen und gesellschaftlich geächtet werden.

Wir brauchen eine stärkere Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen Medien auf ihren gesellschaftlichen Bildungsauftrag. Wissensdefiziten über den Aufbau des demokratischen Systems muss entgegen gewirkt werden, und die Mitwirkungsmöglichkeiten des Einzelnen müssen umfassend dargestellt und praktisch gelernt werden.

Eine sensible Erinnerungskultur bezüglich der nationalsozialistischen Vergangenheit muss gepflegt werden. Dies bedeutet, von Deutschen begangene Verbrechen anzuerkennen, einen emotionalen Zugang zu der Vergangenheit zu eröffnen und die aus der Geschichte erwachsende Verantwortung zu vermitteln.

Es reicht nicht aus, im Unterricht Vergleiche über totalitäre Systeme zu vermitteln oder sie gar gleichzusetzen. Auch darf keine Aufrechnung mit anderen Extremismen erfolgen. Eine unspezifische Auseinandersetzung mit dem Extremismus schlechthin verwischt die Unterschiede in Hinsicht auf die sozialen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und verliert sich in allgemein gehaltenen Aussagen und Appellen. Zugleich verdeckt eine solche Gleichsetzung der Extremismusspielarten den Blick auf die eigentliche Gefahr, auf die Anschlussfähigkeit fremdenfeindlicher Parolen in der Mitte der Gesellschaft, denn Rechtsextremisten benötigen die in der Bevölkerung vorhandenen Vorurteilsstrukturen als Resonanzboden für die erfolgreiche Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Botschaften.

In den Vordergrund zu stellen ist vielmehr eine grundlegende Menschenrechtsbildung. Hierzu gehören insbesondere die herausragende Stellung der Menschenrechte in den Verfassungen und der Umgang mit ihnen in der Gesellschaft.

In einer Einwanderungsgesellschaft ist es eine Bildungsaufgabe von herausragendem Stellenwert, Verständnis für den Fremden, für das Andere zu vermitteln. Der indische Nobelpreisträger für Ökonomie Amartya Sen warnt vor den Folgen einer reduktionistischen Betrachtungsweise: „Unser gemeinsames Menschsein wird brutal in Frage gestellt, wenn unsere Unterschiede reduziert werden auf ein einziges, willkürlich erdachtes Einteilungsschema, dem alles andere untergeordnet wird.“ Deshalb ist es in einer Gesellschaft mit einem hohen Anteil von Migranten geboten, die politische Bildung, insbesondere die Menschenrechtsbildung, auszuweiten. Die Auflösung der Landeszentrale für politische Bildung weist in die entgegengesetzte, die falsche Richtung.

Eine gelungene Integrationspolitik muss gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und islamophobe Einstellungsmuster und Vorurteile abbauen. Neben den religiösen sind vor allem auch die sozialen Aspekte von Migrationserfahrungen in den Vordergrund zu stellen.

Wolfgang Jüttner

Fraktionsvorsitzender